

Öffentliche Finanzen

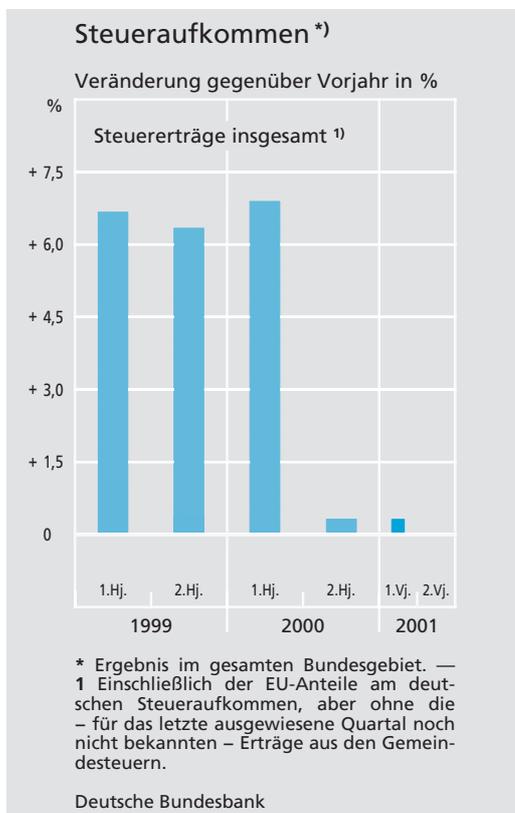
Gebietskörperschaften

Laufende Entwicklung

Die Haushalte der Gebietskörperschaften (ohne die Gemeinden, für die noch keine Ergebnisse vorliegen) wiesen im ersten Quartal des laufenden Jahres ein Defizit von 17 ½ Mrd Euro nach 16 ½ Mrd Euro im gleichen Vorjahrszeitraum auf. Während die Einnahmen um insgesamt knapp 2 % stiegen, erhöhten sich die Ausgaben um 2 ½ %. Im weiteren Jahresverlauf dürften sich die Zuwachsraten sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite deutlich zurückbilden.

*Grund-
tendenzen*

Im laufenden Jahr dürften sich die Defizite der Gebietskörperschaften, die bereits im letzten Jahr (auf 34 Mrd Euro) zugenommen hatten, weiter ausweiten. Ausschlaggebend hierfür sind die mit der Steuerreform verbundenen Einnahmenschwünge, die bei Ländern und Gemeinden zu einer erheblichen Verschlechterung der Finanzierungssalden führen werden. Der Bund will die diesbezüglichen Mindereinnahmen in stärkerem Maße über Vermögensveräußerungen kompensieren und vor diesem Hintergrund sein Defizit erneut etwas zurückführen. Die Sondervermögen werden im Vergleich zum Vorjahr einen deutlich verbesserten Haushaltsabschluss aufweisen, weil der dem Erblastentilgungsfonds zur Schuldentilgung zufließende Teil des Bundesbankgewinns um 4 ½ Mrd Euro höher ausgefallen ist als im Vorjahr.



Steuereinnahmen im ersten Quartal 2001 ...

Die Steuereinnahmen¹⁾ der Gebietskörperschaften gingen im ersten Quartal dieses Jahres noch ein wenig (+ ¼ %) über das entsprechende Vorjahrsniveau hinaus. Die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen umfangreichen Entlastungen durch die erste Stufe der „Steuerreform 2000“ wurden durch Sondereinflüsse teilweise überlagert. Außerdem war die Steuerreform – die eine Senkung des Einkommensteuertarifs und eine insgesamt ebenfalls entlastende Umgestaltung der Unternehmensbesteuerung umfasst²⁾ – in dieser Zeit erst teilweise aufkommenswirksam.

Unter den Einkommensteuern erbrachte die Lohnsteuer 1 ¾ % mehr als in der gleichen Vorjahrszeit. Ausschlaggebend hierfür war wohl, dass in erheblichem Maße Sonderzahlungen vom Jahresende in das neue Jahr verlagert

wurden, um in den Genuss der dann niedrigeren Steuersätze zu gelangen. Auch wirkten sich die Steuersatzsenkungen durch die Reform erst ab Februar einnahmenmindernd aus. Das Ergebnis der Veranlagungssteuern hat sich gegenüber dem Vorjahr zwar stark verschlechtert, doch war dies nur zum kleineren Teil den Einnahmefällen durch die Steuerreform zuzuschreiben. Bei der veranlagten Einkommensteuer überwogen – noch stärker als in der gleichen Vorjahrszeit – die zu Lasten dieser Steuer verbuchten Auszahlungen gegenüber den gleichzeitigen Steuereingängen. Dies war jedoch überwiegend auf die Zunahme der hauptsächlich im März ausgezahlten Eigenheimzulage zurückzuführen. Im Übrigen prägten hier vor allem niedrigere Nachzahlungen für frühere Jahre das Bild. Geringere Vorauszahlungen auf Grund der Steuerreform fielen dagegen noch kaum ins Gewicht, weil die Anpassung dieser Zahlungen an das neue Steuerrecht im Zuge der Veranlagung des Vorjahres teilweise erst im späteren Jahresverlauf erfolgt. Auch bei der Körperschaftsteuer war nur ein kleiner Teil des starken Aufkommensrückgangs um fast drei Viertel (auf gut 1 ½ Mrd Euro) auf Vorauszahlungsanpassungen infolge der Steuerreform zurückzuführen. Das Minus ergab sich hier vor allem aus einem außerordentlich starken Anstieg der Gewinnausschüttungen, der freilich ebenfalls im Zusammenhang mit der Steuerreform stand.³⁾ Die nicht veran-

1 Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

2 Vgl. zu der Steuerreform im Einzelnen die Ausführungen in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, August 2000, S. 56 ff.

3 Vgl. zu den Auskehrwirkungen auf Grund der Unternehmenssteuerreform die Ausführungen in: Deutsche Bundesbank, Monatsbericht, November 2000, S. 54.

lagten Steuern vom Ertrag erbrachten infolgedessen mit 6 ½ Mrd Euro zweieinhalbmal so viel wie ein Jahr zuvor.⁴⁾

Bei den indirekten Steuern fielen die Erträge aus der Umsatzsteuer um gut 1% niedriger aus als in der gleichen Vorjahrszeit. Retardierend wirkte sich hier auch der weitere Rückgang der steuerbelasteten Wohnungsbauinvestitionen aus. Dagegen erbrachte die Mineralölsteuer fast 23% mehr als in der gleichen Vorjahrszeit. Dies war nur zum kleineren Teil den weiteren Steuersatzerhöhungen auf Kraftstoffe zuzuschreiben, die zum Jahresanfang mit der dritten Stufe der „ökologischen Steuerreform“ in Kraft getreten sind. Vom gesamten Aufkommenszuwachs dieser Steuer entfielen vielmehr allein rund zwei Drittel auf eine Zahlungsverchiebung zu Lasten des vierten Quartals 2000.

... und im
Gesamtjahr

Da im weiteren Jahresverlauf die Einnahmeherausfälle aus der Steuerreform zunehmend zu Buche schlagen werden, ist für das Gesamtjahr 2001 mit einer deutlichen Verringerung der Steuererträge zu rechnen. Nach der vor kurzem vom Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ erstellten neuen Prognose wird das Steueraufkommen im laufenden Jahr um 2 ½% hinter dem Ergebnis des vergangenen Jahres zurückbleiben. Bei einem erwarteten Wachstum des nominalen Bruttoinlandsprodukts um rund 3 ½% wird sich die Volkswirtschaftliche Steuerquote (in finanzstatistischer Abgrenzung) gegenüber dem Jahr 2000 um 1 ¼ Prozentpunkte auf 21,7% zurückbilden.

Auch im Vergleich zur Prognose vom Herbst vorigen Jahres sind Einnahmenabstriche in

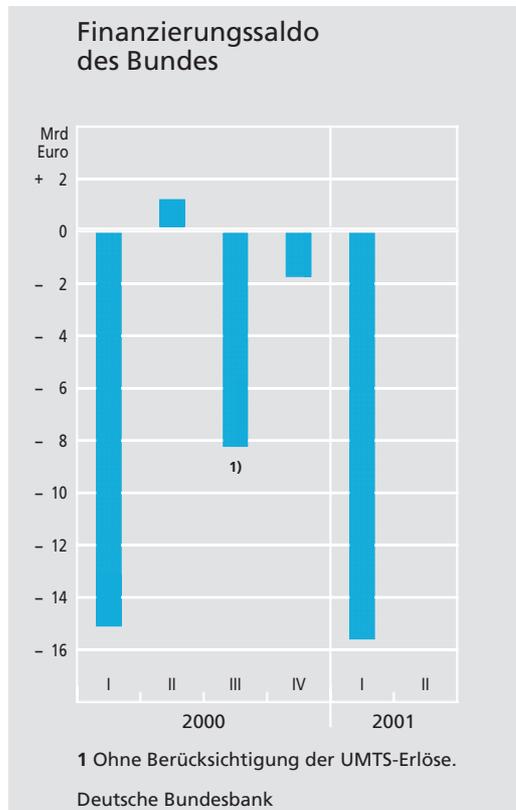
Aufkommensentwicklung wichtiger Einzelsteuern

Steuerart	Aufkommen in Mrd Euro		Ver- ände- rung gegen- über Vorjahr in %
	1. Vierteljahr		
	2001	2000	
Lohnsteuer	31,2	30,7	+ 1,7
Veranlagte Einkommensteuer	- 2,3	- 0,2	.
Körperschaftsteuer	1,7	6,2	- 73,1
Umsatzsteuer	35,1	35,5	- 1,2
Deutsche Bundesbank			

Kauf zu nehmen, nachdem das Steueraufkommen schon im vergangenen Jahr hinter den damaligen Erwartungen zurückgeblieben ist und die Annahmen für das reale Wirtschaftswachstum für das Jahr 2001 gegenüber denen vom Herbst nach unten revidiert worden sind.⁵⁾ Der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ rechnet für dieses Jahr mit Mindererträgen in Höhe von 3 ½ Mrd Euro gegen-

⁴ Im Übrigen verzeichnete auch der steuerliche Zinsabschlag im ersten Quartal noch einen starken Aufkommenszuwachs um fast zwei Fünftel, weil sich hier zum Jahresbeginn die bereits im Jahr 2000 in Kraft getretene Halbierung des Sparer-Freibetrags letztmals im Vorjahresvergleich auswirkte.

⁵ Während im Herbst vorigen Jahres für das Jahr 2001 noch mit einem Wirtschaftswachstum von real 2 ¾% gerechnet worden war, wird die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts inzwischen von der Bundesregierung nur noch auf real 2% veranschlagt. Wegen eines stärkeren Anstiegs des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus fällt das erwartete Wachstum des nominalen BIP mit rund 3 ½% annähernd so hoch wie nach den früheren Annahmen aus.



über der Herbst-Prognose. Von diesen Ausfällen ist zum einen die Umsatzsteuer betroffen. Zum anderen zeichnen sich starke Abstriche bei der Körperschaftsteuer ab, denen freilich auf der anderen Seite noch größere Mehrerträge infolge höherer Gewinnausschüttungen bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag gegenüber stehen dürften. Im Übrigen sind infolge der Verbrauchsreaktionen auf den Anstieg des Ölpreises auch die früheren Erwartungen bei der Mineralölsteuer nach unten revidiert worden.

*Bund im ersten
Quartal ...*

Das Defizit im Bundeshaushalt erhöhte sich im ersten Quartal gegenüber dem Vorjahr um $\frac{1}{2}$ Mrd Euro auf $15\frac{1}{2}$ Mrd Euro. Die Einnahmen wuchsen um gut $\frac{1}{2}\%$, was auf den noch erheblichen – durch Sondereinflüsse und die Erhöhung der Energiesteuern beding-

ten – Anstieg des Steueraufkommens in Höhe von gut 3% zurückzuführen ist. Die nicht-steuerlichen Einnahmen gingen dagegen um 19% zurück, vor allem weil im Gegensatz zum Vorjahr noch keine Einnahmen aus Beteiligungsveräußerungen zugeflossen sind. Die Ausgaben nahmen um gut 1% zu, wobei die Zuschüsse an die Rentenversicherung mit 5% und die Zinsausgaben mit $5\frac{1}{2}\%$ kräftig wuchsen. Letztere unterliegen allerdings recht starken unterjährigen Schwankungen. Außerdem wird sich die im Januar vorgenommene Rückzahlung von Ausgleichsforderungen in Höhe von 33 Mrd Euro erst im zweiten Quartal dämpfend bei den Zinsausgaben niederschlagen. Auf Grund einer zum Jahresbeginn erfolgten Umstellung in der Haushaltssystematik kommt es zwischen verschiedenen Ausgabenkategorien (insbesondere dem laufenden Sachaufwand und den laufenden Transfers an Unternehmen) zu teilweise erheblichen Verschiebungen, so dass die Ergebnisse dieses Jahres im Einzelnen nur sehr eingeschränkt mit dem Vorjahr zu vergleichen sind.

Für 2001 sieht der Bundeshaushaltsplan eine leichte Rückführung des Defizits auf $22\frac{1}{2}$ Mrd Euro vor – nach 24 Mrd Euro im Vorjahr. Auf der Einnahmenseite ergeben sich nach der jüngsten Steuerschätzung Ausfälle in Höhe von gut 2 Mrd Euro, die allerdings durch niedrigere Abführungen an die EU kompensiert werden. Für die Ausgaben ist im Bundeshaushalt 2001 ein leichter Rückgang gegenüber dem Vorjahr veranschlagt. Entlastet wird der Bund nicht zuletzt durch den Wegfall des im vergangenen Jahr geleisteten Beitrags zum Fonds zur Entschädigung ehemaliger

*... und im
Gesamtjahr*

Zwangsarbeiter in Höhe von knapp 2 ½ Mrd Euro. Außerdem ermöglichen Vermögensveräußerungen des Bundeseisenbahnvermögens niedrigere Bundeszuschüsse an diesen Nebenhaushalt. Aus heutiger Sicht zeichnet sich ab, dass das insgesamt veranschlagte Ausgabenvolumen bei sparsamer Haushaltsführung im Großen und Ganzen eingehalten werden könnte.

Steigende Konsolidierungserfordernisse trotz eines sinkenden Defizits

Trotz des im laufenden Jahr möglicherweise weiter zurückgehenden Defizits hat sich der strukturelle Konsolidierungsbedarf im Bundeshaushalt 2001 erhöht. Die durch die Steuerreform bedingten umfangreichen Steuererfälle dürften zwar kurzfristig durch außerordentliche Vermögensveräußerungen beim Bund und dem Bundeseisenbahnvermögen weitgehend aufgefangen werden. Diese stellen freilich keine Verbesserung der Finanzlage dar, weil den im Haushalt verbuchten Einnahmen ein entsprechender Rückgang des Beteiligungsbesitzes gegenüber steht. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass die Einnahmen aus dem Besitz und der Veräußerung der Postnachfolgegesellschaften zur Finanzierung der hohen Defizite der Postunterstützungskassen⁶⁾ (die sich im vergangenen Jahr bereits auf fast 4 ½ Mrd Euro belaufen hatten und in den kommenden Jahren noch zunehmen dürften) verwendet werden sollen.

Sondervermögen

Im ersten Quartal lag das Defizit der Sondervermögen mit fast 1 ½ Mrd Euro etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Im weiteren Jahresverlauf wird sich deren Finanzlage aber deutlich verbessern, weil der über 3,6 Mrd Euro hinausgehende Teil des Bundesbankgewinns, der dem Erblastentilgungsfonds zur

Schuldentilgung zufließt, um 4 ½ Mrd Euro höher ausfiel als im Vorjahr. Nachdem die Sondervermögen im Jahr 2000 mit einem Defizit von gut 1 ½ Mrd Euro abgeschlossen hatten, sind somit für das laufende Jahr wieder erhebliche Überschüsse zu erwarten.

Das Haushaltsdefizit der Länder betrug im ersten Quartal gut 4 Mrd Euro und übertraf damit den vergleichbaren Vorjahrswert um fast 1 Mrd Euro. Die Einnahmen wuchsen um 1 ½ %. Bei den Steuereinnahmen ergab sich allerdings ein Rückgang um 1 %. Die Ausgaben stiegen mit gut 2 ½ % schneller als die Einnahmen, auch weil die Länder ab Jahresbeginn 2001 bei den Personalausgaben durch die Besoldungsanhebung um 2 % und Einmalzahlungen für Beamte sowie die weitere Anhebung der Entgelte in den neuen Bundesländern auf 88,5 % des Westniveaus belastet wurden. Da aber einige Länder Bedienstete an Universitäten und in Bauverwaltungen durch Neuorganisationen aus ihren Haushalten ausgegliedert hatten, wurde der Zuwachs der Personalausgaben (freilich um den Preis höherer Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen) auf gut ½ % gedämpft. Für das Gesamtjahr ist wegen der hohen Einnahmefälle auf Grund der Steuerreform eine Zunahme der Defizite auf mehr als 15 Mrd Euro zu erwarten, nachdem sie in den beiden vergangenen Jahren jeweils rund 10 Mrd Euro betragen hatten.

Länder

⁶ Die Postunterstützungskassen zahlen die Pensionen an ehemalige Postbeamte. Die an die Vergütung der noch bei den Postnachfolgegesellschaften beschäftigten Beamten anknüpfenden Einzahlungen dieser Unternehmen reichen bei weitem nicht aus, die Auszahlungen zu decken. Der Bund ist zum Defizitausgleich verpflichtet.

Marktmäßige Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften

Mrd Euro

Zeit	Ins- gesamt	Darunter:		Nach- richtlich: Erwerb durch das Ausland
		Wert- papiere	Schuld- schein- dar- lehen ¹⁾	
1999	+ 34,8	+ 44,8	- 9,7	+ 16,2
2000 ^{ts)}	+ 16,3	+ 29,1	- 11,6	+ 18,9
darunter:				
1. Vj.	+ 14,0	+ 7,5	+ 6,5	+ 0,3
2. Vj.	- 1,3	+ 3,8	- 5,1	+ 13,1
3. Vj.	+ 9,1	+ 4,8	+ 5,4	+ 7,7
4. Vj. ^{ts)}	- 5,4	+ 13,1	- 18,4	- 2,2
2001				
1. Vj. ^{ts)}	- 11,7	+ 13,9	+ 8,6	...

¹⁾ Einschl. Kassenverstärkungs- bzw. Kassenkredite und Geldmarktkredite.

Deutsche Bundesbank

Gemeinden

Die Gemeinden konnten im abgelaufenen Jahr noch einmal einen Überschuss von fast 2 Mrd Euro erzielen. Zwar stiegen ihre Einnahmen mit ½ % nur wenig, doch wurde auch das Ausgabenwachstum nicht zuletzt durch den starken Rückgang der Sachinvestitionen in den neuen Ländern auf weniger als 1% begrenzt. Im laufenden Jahr werden die Kommunen voraussichtlich wieder in die Defizitzone abgleiten. Hierzu dürften neben den unmittelbaren reformbedingten Steuerausfällen rückläufige Zuweisungen der Länder aus dem Steuerverbund beitragen.

Verschuldung

Die Verschuldung der Gebietskörperschaften ist im ersten Quartal um 11 ½ Mrd Euro gesunken. Ausschlaggebend hierfür war die aus den UMTS-Lizenzernlösen finanzierte Tilgung von Ausgleichsforderungen des Ausgleichs-

fonds „Währungsumstellung“ in Höhe von 33 Mrd Euro Anfang Januar. Ohne diesen Sondereffekt belief sich die Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt auf 5 Mrd Euro. Nach dem weitgehenden Abbau zum Ende des Vorjahres stieg die Geldmarktverschuldung mit 16 ½ Mrd Euro wesentlich stärker. Während der Bund seine Schulden dank der UMTS-Erlöse um 16 Mrd Euro zurückführen konnte, weiteten die Länder ihre Verbindlichkeiten um 3 ½ Mrd Euro und die Sondervermögen um knapp 1 ½ Mrd Euro aus. Die Gemeinden dürften die Kreditmärkte per saldo kaum beansprucht haben.

Sozialversicherungen

In der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten betrug das Defizit im ersten Vierteljahr 1 ½ Mrd Euro. Es hat sich damit gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal kaum verändert.⁷⁾ Die Beitragseinnahmen lagen insgesamt um 1% über ihrem Vorjahrswert. Ihre Entwicklung wurde dadurch gedämpft, dass der Beitragssatz zum Jahresbeginn von 19,3 % auf 19,1% gesenkt worden ist. Während die Einnahmen aus Pflichtbeiträgen um fast 2 % stiegen, gingen die Beiträge auf Lohnersatzleistungen wegen der deutlich niedrigeren Beitragszahlungen für Arbeitslosenhilfebezieher zurück. Sehr stark wuchsen hingegen die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt, die mit der höheren Besteuerung des Energieverbrauchs verbunden sind. In-

*Gesetzliche
Rentenversiche-
rung: Erstes
Quartal ...*

⁷⁾ Die im Februar vollzogene Anhebung des Buchwerts der Beteiligung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte an der Gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Angestellten-Heimstätten (GAGFAH) um 0,6 Mrd Euro ist dabei nicht als Einnahme berücksichtigt.

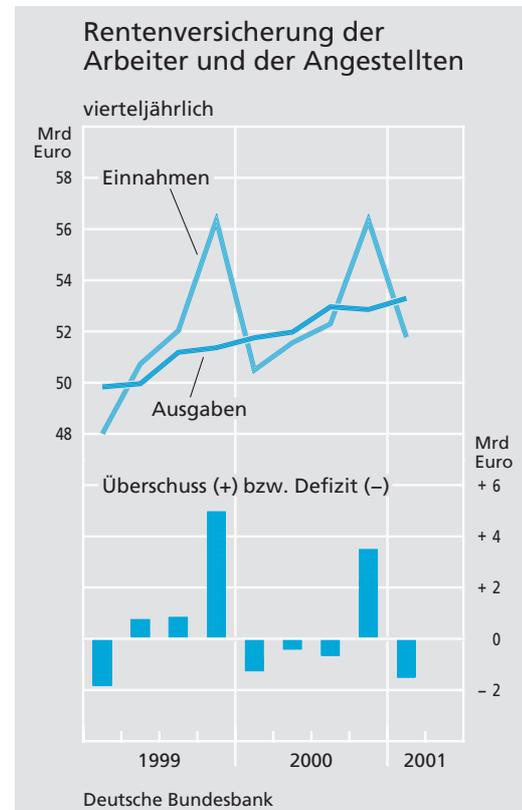
samt übertrafen die Einnahmen ihren Vorjahrswert um 2 ½ %. Die Ausgaben wuchsen um insgesamt 3 %. Dabei dominierten die um 2 ½ % höheren Rentenausgaben. Ausschlaggebend war hier die steigende Rentenzahl, während die einheitliche Rentenanpassung zur Jahresmitte 2000 mit 0,6 % lediglich der Inflationsrate des Jahres 1999 entsprach.

... und
Gesamtjahr

Im weiteren Jahresverlauf dürfte sich die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung gegenüber dem Vorjahr verschlechtern, da der stetigen Einnahmenentwicklung ein beschleunigter Anstieg der Rentenausgaben zur Jahresmitte folgen wird. Zum 1. Juli 2001 werden die Renten in den alten Bundesländern nämlich um 1,9 % und in den neuen Bundesländern um 2,1 % angehoben – also deutlich stärker als nach der Inflationsanpassung im vergangenen Jahr. Nach der erstmals anzuwendenden neuen Rentenanpassungsformel ist nunmehr die Steigerungsrate der durchschnittlichen Bruttoentgelte abzüglich der darauf entfallenden Rentenversicherungsbeiträge maßgeblich für die Rentenanpassung.⁸⁾ Diesen Anpassungssätzen liegt ein Anstieg der Bruttoeinkommen von 1,4 % beziehungsweise 1,6 % zu Grunde. Außerdem lag der jahresdurchschnittliche Beitragssatz im Jahr 2000 mit 19,3 % deutlich unter dem Wert von 1999 (19,7 %), was sich nun anpassungserhöhend auswirkt. Die Eckrente in Ostdeutschland erreicht zur Jahresmitte 87,2 % des westdeutschen Niveaus (nach bisher 87,0 %).

Bundesanstalt
für Arbeit:
Erstes
Quartal ...

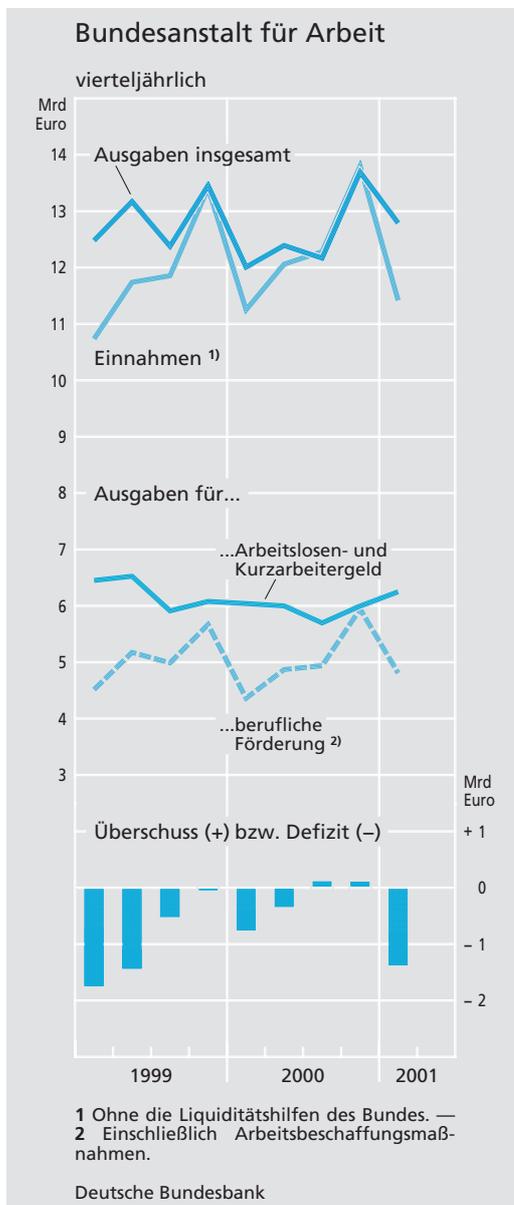
In den ersten drei Monaten dieses Jahres war das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit mit knapp 1 ½ Mrd Euro fast doppelt so hoch wie



ein Jahr zuvor. Zu dieser Verschlechterung haben sowohl auf der Einnahmen- als auch der Ausgabenseite Verlagerungen aus dem Bundeshaushalt zu Lasten der Bundesanstalt⁹⁾ sowie rechtliche Änderungen beigetragen, die ein Durchwirken der weiterhin rückläufigen Arbeitslosenzahlen auf den Finanzierungssaldo der Bundesanstalt verhinderten. Insgesamt stiegen die Einnahmen um 1 ½ %, während die Ausgaben um 6 ½ % zunahmen.

⁸ Ab dem Jahr 2003 werden außerdem fiktive Zusatzvorsorgebeiträge des Vorjahres abgezogen, die von 2002 bis 2009 in Schritten von 0,5 Prozentpunkten auf maximal 4 % des Durchschnittsentgelts ansteigen.

⁹ Diese betreffen die auf die Arbeitslosenhilfebezieher entfallenden Strukturanpassungsmaßnahmen sowie das Sonderprogramm zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser.



Die Aufwendungen für das Arbeitslosengeld wuchsen im ersten Quartal um knapp 3 ½ %, obwohl die Zahl der Arbeitslosen um 4 % unter ihrem Vorjahrswert lag. Ausschlaggebend hierfür waren die höheren Pro-Kopf-Aufwendungen auf Grund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer letzten Jahres, künftig Sonderentgelte bei der Bemessung des Lohnersatzanspruchs zu berücksichtigen. Darüber hinaus haben sich die

Ausgaben nach dem Altersteilzeitgesetz, die zurzeit noch nicht stark ins Gewicht fallen, mehr als verdoppelt.¹⁰⁾ Für die aktive Arbeitsmarktpolitik wurden insgesamt 10 % mehr aufgewendet als vor einem Jahr. Dahinter verbirgt sich allerdings eine fortgesetzte Verlagerung zu Lasten der Arbeitsbeschaffungsprogramme (- 22 %) und zu Gunsten der beruflichen Aus- und Fortbildung (+ 21 %).

In dem Haushaltsplan für das Jahr 2001 ist ein Zuschussbedarf der Bundesanstalt für Arbeit von 0,6 Mrd Euro vorgesehen. Dem liegt freilich ein Rückgang der jahresdurchschnittlichen Anzahl der Arbeitslosen um 270 000 zu Grunde, was angesichts der jüngsten Arbeitsmarkttendenzen recht optimistisch erscheint. Insgesamt ist nicht auszuschließen, dass sich zum Jahresende ein höherer Zuschussbedarf aus dem Bundeshaushalt ergeben könnte.

... und
Gesamtjahr

Perspektiven der öffentlichen Haushalte insgesamt

Die Entwicklung der öffentlichen Finanzen stellt sich im laufenden Jahr in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) deutlich ungünstiger dar als in der haushaltsmäßigen Abgrenzung. So werden die Steuerausfälle in den Haushalten zum Teil durch Privatisierungserlöse kompensiert, während diese Umschichtungen des Finanzvermögens in

Entwicklung im
laufenden Jahr

¹⁰⁾ Danach erstattet die Bundesanstalt für Arbeit dem Arbeitgeber über einen Zeitraum von maximal sechs Jahren die Aufstockung des Nettoentgelts eines Altersteilzeitbeschäftigten auf 70 % und des Rentenversicherungsbeitrags auf 90 % der Beträge bei Vollzeitbeschäftigung, wenn der Arbeitgeber einen zuvor Arbeitslosen oder Auszubildenden ersatzweise beschäftigt.

den VGR nicht zu einem Rückgang der staatlichen Defizite führen.¹¹⁾

Die staatliche Defizitquote in VGR-Abgrenzung, die im vergangenen Jahr – ohne Berücksichtigung der UMTS-Erlöse – 1% betrug, wird 2001 aus heutiger Sicht höher ausfallen als die Zielgröße von 1 ½ %, die im deutschen Stabilitätsprogramm vom Oktober 2000 genannt wurde. Auch die im Programm erwähnte Spannweite für die Defizite von 65 Mrd DM bis 75 Mrd DM könnte überschritten werden, wenn es nicht zu weiteren Sparmaßnahmen kommt. Ausschlaggebend für die Ausweitung des Defizits gegenüber dem vorangegangenen Jahr sind die erheblichen Einnahmefälle im Zusammenhang mit der Steuerreform, die sich auf voraussichtlich gut 1% des BIP belaufen werden. Außerdem stellt sich die Konjunkturentwicklung nunmehr ungünstiger dar, als noch im Herbst erwartet worden war.¹²⁾ Im Vergleich zu diesen Belastungen fällt auf der Einnahmenseite weniger ins Gewicht, dass der Bundesbankgewinn deutlich höher ausgefallen ist als im vergangenen Jahr.

Der durch die ungünstigen Tendenzen auf der Einnahmenseite bedingte Anstieg der Defizitquote wird dadurch etwas gebremst, dass die Ausgabenplanungen der Gebietskörperschaften auf eine sparsame Haushaltsführung abstellen. Diese wird durch eine weitere Rückführung des Personalbestands in Verbindung mit dem moderaten Tarifabschluss im öffentlichen Dienst unterstützt. Auch werden die Zinsausgaben durch das weiterhin niedrige Zinsniveau und die aus den UMTS-Erlösen finanzierte Schuldentilgung gedämpft. Außer-

dem entfallen die im Jahr 2000 zu Buche schlagenden Belastungen aus der Finanzierung des Entschädigungsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter. Allerdings werden an verschiedenen Stellen auch Ausgaben ausgeweitet. So ergeben sich bei der Ausbildungsförderung, dem Wohngeld, dem Bildungsgeld sowie – im Zusammenhang mit dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts – dem Arbeitslosen- und Krankengeld Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr. Auch wird der im Hinblick auf die höheren Ölpreise gewährte Heizkostenzuschuss erst im laufenden Jahr von den Ländern ausgezahlt. Zudem dürften Mehrausgaben auf Grund der Krisen im Agrarsektor die öffentlichen Haushalte belasten. Schließlich sollen die Bauinvestitionen und Investitionszuschüsse an die Bahn – in Verbindung mit den Zinsersparnissen wegen der Sondertilgung aus den UMTS-Erlösen – deutlich ausgeweitet werden.

Mit dem 1997 beschlossenen Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt haben sich die Mitgliedsländer auf mittelfristig annähernd ausgeglichene Haushalte oder Überschüsse verpflichtet. Viele EU-Mitgliedstaaten haben diese Position bereits erreicht oder werden sie voraussichtlich 2001 erreichen. Die deutsche Finanzpolitik steht vor der Aufgabe, nach dem vor allem durch die um-

*Mittelfristige
Erfordernisse*

11 Darüber hinaus spielt beim Vorjahresvergleich insbesondere die in den VGR erfolgende Phasenverschiebung der Steuereinnahmen eine Rolle. Sie führt dazu, dass der im Januar des laufenden Jahres festzustellende kräftige Anstieg der Einnahmen aus der Mineralölsteuer und der Zinsabschlagsteuer bereits im Jahr 2000 verbucht wurde.

12 Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die konjunkturelle Eintrübung insbesondere von der ungünstigeren außenwirtschaftlichen Entwicklung herrührt, die das Steueraufkommen und die Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen zunächst weniger tangiert.

fangreiche Abgabentlastung verursachten Wiederanstieg der staatlichen Defizite im laufenden Jahr die Deckungslücken in den kommenden Jahren abzubauen, was durch die ungünstigeren Perspektiven für das Steueraufkommen erschwert wird.

So ist für die kommenden Jahre mit erheblichen Steuerausfällen gegenüber den bisherigen mittelfristigen Finanzplänen zu rechnen, weil sich mit der neuen offiziellen Prognose auch die Aufkommenserwartungen gegenüber der vorangegangenen mittelfristigen Schätzung vom Mai 2000 deutlich verringert haben und sich außerdem wachsende Mindereinnahmen aus zusätzlichen Steuerrechtsänderungen abzeichnen. Auf der Basis eines Wirtschaftswachstums, das für die kommenden Jahre mit real 2 ¼ % und nominal 4 % ebenso hoch wie im Mai 2000 veranschlagt wird, rechnet der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ bei vergleichbarem Steuerrecht für die kommenden Jahre mit steigenden Ausfällen gegenüber der vorangegangenen mittelfristigen Prognose. Die erwarteten Einnahmenabstriche nehmen von fast 8 Mrd Euro im Jahr 2002 auf gut 13 Mrd Euro im Jahr 2004 zu. Hierzu trägt wesentlich bei, dass die Struktur des Wirtschaftswachstums weniger

steuerergiebig ist als vor einem Jahr angenommen. In den Jahren 2003 und 2005 werden sich weitere beträchtliche Einnahmefälle aus der zweiten und dritten Stufe der Steuerreform in Höhe von 5 Mrd Euro beziehungsweise gut 19 Mrd Euro auswirken. Darüber hinaus werden sich zusätzliche Belastungen aus der verfassungsrechtlich notwendigen weiteren Verbesserung des Kinderlastenausgleichs und der zunehmenden Förderung der privaten Altersvorsorge ergeben.

Angesichts dieser im Vergleich zu den letztjährigen mittelfristigen Finanzplanungen eingetrübten Perspektiven stehen die öffentlichen Haushalte vor der Aufgabe, die künftigen Ausgaben eng zu begrenzen. Da Maßnahmen wie Vermögensveräußerungen oder die Auflösung von Rücklagen die Nettokreditaufnahme nur vorübergehend reduzieren, müssen sie durch strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen ersetzt werden, wenn die Haushalte dauerhaft entlastet werden sollen. Eine solche strikte und nachhaltige Ausgabendisziplin kann freilich in einem föderal geprägten Staat wie Deutschland nur erfolgreich sein, wenn sie sich auf sämtliche Haushaltsebenen erstreckt.